LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
17. Wahlperiode

Drucksache 17/3771
03. 08. 2017

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Jens Ahnemüller (AfD)

Polizeipräsenz im öffentlichen Raum

Immer mehr Menschen, insbesondere Mädchen und Frauen, aber auch ältere Menschen, fühlen sich im öffentlichen Raum und vor allem in den Abendstunden nicht mehr sicher.
Die Polizeipräsenz ist eher als gering einzuschätzen.
Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um die derzeitig vermehrt auftretende Angst und Unsicherheit im öffentlichen Raum und öffentlichen Verkehrsmitteln zu verringern? Ist eine Erhöhung der Polizeipräsenz angedacht, wenn ja, welche Maßnahmen sollen eingeleitet werden, und wo genau soll die Polizeipräsenz erhöht werden?
2. Wurde die Möglichkeit geprüft, alle Polizeibeamte – speziell Kriminalbeamte – für den Weg zum und vom Dienst, mit Uniformen auszustatten?
3. Gibt es Befragungen bei Polizeibeamten oder Polizeiangestellten, welche als nicht uniformtragend gelten und bereit wären, auf dem Weg zum und vom Dienst eine Uniform zu tragen? Wenn ja, wie hoch ist der Anteil? Wenn nein, ist eine Befragung angedacht?
4. Gibt es Befragungen wie unter Punkt 3 bei den Ordnungsämtern?
5. Werden Uniformträger grundsätzlich mit Uniformen auf Staatskosten ausgestattet, und wer trägt die Kosten für Reinigung und Werterhalt? Im Gegenzug dazu, wird bei nicht uniformierten Polizeibeamten Kleidergeld oder Ähnliches erstattet? Wenn ja, in welcher Höhe und für welche Dauer?
6. Besteht grundsätzlich die Möglichkeit nicht uniformierte Polizeibeamte, welche ihre Bereitschaft erklären, mit Uniformen auszustatten, und würden die Kosten vom Land getragen?
7. Wie viele Polizeibeamte oder Polizeiangestellte ohne Dienstuniform sind beim Land beschäftigt, und wie viele Beamte oder Angestellte ohne Dienstuniform sind bei den Ordnungsämtern in Rheinland-Pfalz beschäftigt?

Jens Ahnemüller

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 10. August 2017